

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen.

Nr. 20 Erscheint jeden Sonntag. Gotha, 19. Mai 1918 Inzerate kosten 50 Pfg. die einseitige Zeile. 32. Jahrg.
Abonnementspreis: M. 1.— für das Vierteljahr. (Telephon: Nr. 174) Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen- vermittlungs-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

Inhaltsverzeichnis.

Bezirkskonferenz (Bezirk 7). — Der Entwurf eines Arbeitsamtergesetzes. — Bestimmungen und Bestimmungen. — Was vorgeht. — Spiegel der Gewerkschaften. — Die große Steuerreform. — Fall der Mehlpreise. — Verbandsnachrichten. — Ehrenliste. — Literatur.

Bezirkskonferenz (Bezirk 7)

abgehalten am 16. und 17. März 1918 im Volkshaus zu Dresden mit folgender Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht der Bezirksleitung.
2. Der Reichstags für Zivilarbeit.
3. Der Verbandstag in Würzburg.
4. Wahl des Bezirksleiters.

Am 16. März, abends 8 Uhr, fand eine Vorführung statt, an der der Geschäftsbericht des Bezirksleiters entgegengenommen. Der Bezirksleiter K. ege Weiße gab kurz die Gründe an, die zu der plötzlichen Einberufung der Konferenz geführt haben, ohne die statutenmäßig vorgeschriebenen Formalitäten eingehalten. Nach kurzem Rückblick auf die Bewegung seit der letzten Konferenz in Leipzig 1914 und einem Rückblick der bisher dem Weltkriege zum Opfer gewordenen Kollegen, erklärt Kollege Weiße die Konferenz für eröffnet.

Zu Vorstehenden der Konferenz werden die Kollegen Weiße und Blümel-Biegeln gewählt zu Schriftführern die Kollegen Hoff-Hartha und Bärenreuther-Leipzig.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung nimmt Kollege Weiße das Wort. Er bedauert feststellen zu müssen, daß es nicht möglich war, bis bisher üblich, den Kollegen einen gedruckten Geschäftsbericht vorlegen zu können. Durch die Doppelung des Bezirksleiters während der Kriegszeit mußte jede Aufgabe juristisch gestellt werden, die dem Verbande und seiner Vorwärtsbewegung von Vorteil hätte sein können. Die Arbeiten und Ausbreitungen müssen auf die wichtigsten Fragen und Fälle beschränkt werden, da mit der zur Verfügung stehenden Zeit die Geschäftsführung der Bezirksleitung und auch die Arbeiten des Bezirks zu bewältigen sind. Wenn den Anforderungen der Kollegen in den Bezirksstellen nicht immer hohe entsprochen werden können, so sollen die Kollegen darauf Rücksicht nehmen, da eine andere Lösung jetzt nicht möglich ist. Eine Reklamation des Kollegen Klein sei ohne Erfolg gewesen.

Die Agitation ist jetzt eingeschränkt gewesen. Leitweise wird diese Frage damit zusammen, daß durch die Befehle der Besatzungsmächte eine unbehinderte Werbung von Mitgliedern gar nicht möglich ist. Zu einer Anklage gegen Abgeordnete einer nicht anerkannten Versammlung um es in Roswein. Die Angelegenheit, Kollege Weiße und Blümel-Roswein wurden freigesprochen. Je länger aber der Kriegszustand dauert, desto dringender wird die Aufgabe der Agitation wieder etwas mehr in den Vordergrund zu rücken, da die Gefahr immer größer wird, selbst in den Reihen der Organisierten, die Gleichgültigkeit immer größere Kreise ziehen zu sehen. Besondere Arbeiten verursachen die Bestimmungen über die Beschränkung der Arbeitszeit in der Schuhindustrie und die damit verbundene Durchführung der Erwerbslosenfürsorge für das Schuhmachergewerbe. In der Hand von Schriftführern zeigte der Redner, wie schwer es gehalten, selbst die maßgebenden behördlichen Anordnungen zu bringen, entsprechend den getroffenen Vereinbarungen die ausführenden Unterstützungsorgane zur Durchführung der Unterstützungen anzuhaken. Besondere Schwierigkeiten bestehen die Behörden in Roswein, Zwönitz, Weißbach, Hartha, Ehrenfriedersdorf und vor allem Neudorf i. Oberfeld. Leitweise waren es auch die Fabrikanten, die sich den Bestimmungen der Kontrollstelle nicht fügen wollten. Am Dezember 1916 wurde die Beschränkung der Arbeitszeit aufgehoben, damit aber kam die Frage der Zivilarbeit und damit verbunden, der Reichstags für Zivilarbeit als neue Aufgabe in den Kreis der Organisationsaufgaben. Auch diese neue Aufgabe, die es zu lösen galt, und auch gelöst wurde, brachte neben der rein praktischen Seite der Durchführung des Tarifs auch einer erheblichen Teil Differenzen. Wie diese gestellten Aufgaben im Interesse der Berufsgenossen in besserer Weise zu lösen, ließ es

bei der Stellung des Bezirksleiters gar nicht zu, auch auf dem Gebiete der Agitation das zu tun, was bei freier Verfügung über die notwendige freie Zeit möglich zu leisten gewesen wäre.

Die Mitgliederbewegung im allgemeinen zeigt im Jahre 1917 eine Besserung, eine Steigerung in der Mitgliederzahl, die erste in den 5/6 Kriegsjahren. Über die Zahl der Berufsgenossen im Bezirk verweist Redner auf den gedruckten Geschäftsbericht, wo die Kollegen die Zahlen vorfinden werden. Zum Schluß ermahnte Kollege Weiße die Delegierten, in gemeinschaftlicher Zusammenarbeit an den weiteren Aufbau der Organisation mitzumachen.

In der Diskussion spricht zunächst Kollege Thaler-Breslau über die in Schlefien bestehende Jenius, die damit verbundenen Schwierigkeiten in der Agitation, die der Werbung von Mitgliedern nicht günstig ist. Eine Entschädigung bei beschränkter Arbeitszeit, sowie auch der Reichsmilitärtarif haben günstig für die Kollegen gewirkt. Nachdem noch einige Redner gesprochen, werden die Verhandlungen auf Sonntag vormittag 9 Uhr vertagt.

Verhandlung Sonntag, den 17. März.

Der Kollege Weiße hält das Referat über den Reichstags für Zivilarbeit. Er führt dabei an, daß nachdem der Reichstags für Zivilarbeit zustande gekommen sei, die Schuhindustrie zu einem Syndikat zusammengeschlossen, wodurch die Preisuntergrenze der wettbewerbsfähigen Betriebe auf dem Warenmarkt ausgeschlossen, sei es für die Organisation zur zwingenden Notwendigkeit geworden, auch auf dem Gebiete der Lohnfrage, der Arbeiterkraft ein gewisses Mindestentkommen zu sichern, was nur durch einen Tarif zu erreichen war. Den Entwürfen der Verbände auf Einführung eines Reichstags für Zivilarbeit kamen die leitenden Anführer der Schuhindustrie nur zögernd entgegen. In gleich gegensätzlicher Weise gestalteten sich die Verhandlungen über den von den Verbänden der Arbeiter vorgelegten Tarif, dem der Verband der Schuhfabrikanten einen Gegenentwurf gegenübergestellt hatte. Im Verband der Schuhfabrikanten gelangten sich zwei Strömungen. Eine mehr tariffreundliche und eine, die wohl den Tarif nicht ablehnte, aber in eine ganz unbestimmte Zeit zurückweisen wollte. Wenn auch die erstere die Mehrheit der Vertreter für den Tarif gewonnen, so war es doch erklärlich, daß bei der Beratung des Tarifs die gegensätzlichen Strömungen zum Ausdruck kamen. Bei der Tarifberatung traten dann auch diese Gegensätze stärker hervor, die geteilte drohen, einen guten Ausgang der Verhandlungen in Frage zu stellen. Manche Frage mußte von beiden Parteien zurückgestellt werden, um das Wort selbst nicht zu gefährden. Der Gegenstand in der heute behandelnden Lohnverhältnisse in der Industrie ist ein solcher, daß besonders die besser bezahlten Kollegen im Interesse der Allgemeinheit ein Opfer zu bringen hätten. Außerdem kann gesagt werden, daß es in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung wohl ohne Beispiel ist, daß ein solcher Beruf so unermittelt zu einem solchen Vertragsabschluß gekommen ist. Bisher waren die Organisationen fast immer Träger geheimer Vertragsabschlüsse. Zentralabschlüsse sanktionierten zum größten Teil nur bereits im einzelnen bestehenden, was sich im Laufe der Zeit unter fortgesetzten wirtschaftlichen Kämpfen durchgesetzt hatte. Dieser Tarifabschluß ist dem organisatorischen Stand des Berufs etwas vorausgeeilt, was zur Folge haben muß, daß die Organisationen während der Zeit der Vertragsdauer ein großes Stück Arbeit zu leisten haben, dem künftigen Vertrag eine mehr gesicherte Unterlage in den Verbänden zu bieten.

Wenn auch die Wünsche nicht alle befriedigt werden konnten, so ist das Ganze betrachtet, ein bedeutendes Werk geschaffen worden, welches auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Zukunft für die Kolleginnen und Kollegen die besten Früchte tragen wird.

In der Debatte wird von den verschiedenen Kollegen für und gegen den Tarif gesprochen. Dreher-Weiß, Thaler und Rosenthal-Breslau debattieren, daß ihre Orte in eine zu niedere Lohnklasse eingereiht worden sind. Hoff-Hartha bemerkt, daß auch für ihren Ort der Tarif nicht viel bringe. Iller-Dresden hält die Mindestlöhne für zu niedrig. Die Kollegen der kleinen Orte dagegen erkennen an, daß der Tarif für sie einen erheblichen Fortschritt bedeutet. In der Abstimmung wird der Tarif einstimmig angenommen. Hierauf erstattet die Wahlprüfungskommission ihren Bericht und stellt fest, daß 26 Sachverständigen und 6 Delegierte

vertreten sind. Die Bezirksleitung ist durch 3 Kollegen und den Bezirksleiter vertreten. Nicht vertreten sind 10 Sachverständige.

Über den nächsten Verbandstag in Würzburg berichtet ebenfalls der Kollege Weiße. Es liegt neben dem Vorschlag des Vorstandes ein Vorschlag Bärenreuthers vor, der aus bisher drei Beitragsklassen besteht. Auch der Kollege Weiße legt einen Vorschlag der Bezirksleitung vor, der sich an den Vorstandsvorschlag anschließt, jedoch eine andere Regelung der Beitragsleistung und der Unterstützungen vorschlägt. Die Unterstützungsätze sollen in Frage kommen bei Einführung einer dreitägigen Karrenzeit in der Krankenunterstützung.

Gegen den Antrag des Vorstandes über die Regelung der Krankenunterstützung wird von den Vertretern der Zivilarbeiter Leipzig, Weßen, Breslau, Ehrenfriedersdorf u. a. Einspruch erhoben. Neben dem Antrag des Vorstandes wird getrennt abgestimmt. Eine Beitragsverhöhung wird einstimmig angenommen. Der zweite Teil des Vorstandsantrags betr. Unterstützungen wird abgelehnt. Der Antrag des Kollegen Weiße (welcher mit den Vorstandsanträgen verknüpft ist) wird einstimmig angenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung: Wahl des Bezirksleiters, wird Kollege Weiße wiederum einstimmig zum Bezirksleiter bestellt. — Nach einem Schlußwort des Kollegen Weiße wird die Konferenz um 8 Uhr geschlossen.

Der Entwurf eines Arbeitsamtergesetzes.

Es muß auffallen, daß nach dem Entwurf der verschiedenen Regierungen nicht Arbeiterkammern, sondern Arbeitsämter geschaffen werden sollen. Gleich der erste Satz des § 2 des Entwurfs läßt darüber auf, weshalb das vorgesehen ist. „Die Arbeitsämter sind berufen, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen.“ Das glaubt man durch paritätisch aus Vertretern des Unternehmertums (der Entwurf spricht von „Arbeitsgebern“, wie er von einem „Stand der Arbeiter“ spricht) und der Arbeiterkraft zusammengelegten Kammern, denen ein Vorsitzender, der weder Unternehmer noch Arbeiter sein darf und der von der Aufsichtsbehörde „berufen“ wird, am besten zu erreichen. Der ausführenden Grund, der die verbündeten Regierungen zum Einbringen des Entwurfs in dieser Form bewegen hat, sind „die Erfahrungen des Krieges“. „Diese Unternehmertätigkeiten“, heißt es in der Begründung, „wird in Zukunft um so wirksamer auch im Rahmen einer aus Arbeitern und Arbeitgeber zu gleichen Teilen gebildeten Körperschaft erfolgen können, als der Krieg den Arbeitern (17) den ungenügenden Zusammenhang ihres Wohlergehens mit den rein wirtschaftlichen Fragen des Gedeihens ihrer Industrie, den Arbeitsgebern den Nutzen (11) eines verständnisvollen Zusammenwirkens und Verhandlens mit den Arbeitern, der großen Öffentlichkeit die außerordentliche Bedeutung einer tüchtigen, leistungsfähigen und willigen (1) Arbeiterkraft und einer friedlichen Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Arbeitgeber für die gesamte Volkswirtschaft einbringlich vor Augen geführt hat.“

Es wäre natürlich ganz falsch, das „burgfriedliche Zusammenarbeiten“ von „wenigstens vier der wichtigsten Arbeitgeberverbände unter dem Druck der Zeit“ als für die Zeit nach dem Kriege auch nur möglichen Zustand anzunehmen. Schon die Haltung der maßgebenden Kreise des Unternehmertums während der Kriegszeit läßt das ausgeschlossen erscheinen. Auch die Regierungen erkennen das nicht, weshalb in der Begründung betont wird: „So gemäß starke gemeinsame Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter gibt“ — die dafür genannten Beispiele: (Beseitigen der Industrie, Berufsbeschäftigungen (siehe indirekte Steuern), Arbeiterunterstützungen, Wohlfahrtsunterstützungen, beweisen das nicht im mindesten — so unangenehm bestehen auch „große Interessengegenstände“. Inbes, das Zusammenarbeiten verschiedener Regierungen ist ein „Gegensatz“ zwischen den Klassen haben doch einen früheren Widerstand der Regierungen zurückzubringen und sogar die Heilung bei ihnen zu erreichen und nähren vermocht, daß in Zukunft vielfach eine „Einigung“ möglich sein wird, an die sie vor dem Kriege nicht im mindesten zu glauben geneigt war. Die Regierungen haben aber nur in der Übergangszeit — heraus-

leben. Diese Gefahr glauben sie mit Hilfe der Arbeitskammern erheblich bannen zu können. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeitskammern bezeichnen sie deshalb „das Einigungswesen“. Nicht, als ob das Einigungs- wesen der Gewerbegebiete, mit dem man wahrlich schon früher nicht die besten Erfahrungen gemacht hat, oder, wie es in der Begründung heißt, „ergänzt“ werden. Immer auf Grund der Kriegserfahrungen und ungeachtet der Tatsache, daß die Arbeitskämpfe infolge der enormen Stärkung des Kapitals nicht nur weit gewaltiger werden müssen, als sie je zuvor waren, sondern mit der Zunahme der an ihnen beteiligten Arbeitermassen auch immer mehr politischen Cha- rakter annehmen werden.

Kommen wir schon zu einer Ablehnung des grundlegenden, von falschen Voraussetzungen ausgehenden Gedankens des Arbeitskammergesetzes, so ist recht in Anbetracht der Tatsache, daß das Unternehmertum überall in einseitig zusammengesetzten Handels-, Landwirtschafts-, Gewerbe- und Handwerkerkammern seine Interessen zu vertreten vermag, obendrein diesen Körperschaften viel weitgehendere Befugnisse eingeräumt sind, als der oben erwähnte Entwurf sie für die Arbeitskammern vorseht. Wie war es mehr als gerade jetzt an der Zeit, reine Arbeiterkammern zu schaffen und sie nicht allein, sondern mit dem dazu gehörigen Ueberbau, wie er früher von der Sozialdemokratie stets gefordert worden ist. Die Forderung ist gerade gegenwärtig so berechtigt, daß selbst die Begründung zugeben muß, „den Gedanken, die aus der zweiten Hauptaufgabe der Kammern, der Interessenvvertretung, die Förderung einseitiger Arbeiterkammern herleitet, liege „ein berechtigter Kern zu Grunde“. Allein der Umstand, daß in erster Linie nicht Interessenvvertretungen der Arbeiter, sondern Körperschaften, die „den wirtschaftlichen Frieden pflegen“, die einzuwirken, geschaffen werden sollen, liegt die Regierungen den „berechtigten Kern“ beiseite werfen. Sie bieten dafür die Schule in Form einer Institution, die dem Schein zu erwecken vermag, als stelle sie den Arbeitern gegenüber ein Entgegenkommen dar, während sie in Wirklichkeit die Interessenvvertretungen des Unternehmertums noch um eine neue erweitert.

Demgegenüber will es wenig belagen, wenn auch gewisse Gewerbe-, Staats- und Reichsbetriebe in den Rahmen des Gesetzes bezogen werden und insofern der Entwurf über das hinausgeht, das im Jahre 1910 bereits zu einer Verständigung zwischen den verbundenen Regierungen und dem Reichstag geführt hatte. Auch insofern hinausgeht, als der Widerstand der Regierungen gegen die Wahl von „Berufsvereinsbeamten“, also in erster Linie Mitgliedern der Gewerkschaftsbürokratie als Vertreter der Arbeiter aufgegeben ist. Zu dieser Bürokratie hat die Arbeiterschaft das Vertrauen in dem Maße verloren, als die Regierungen es gewonnen haben.

Den Angehörigen wird die Errichtung besonderer Angelegenheitenkammern in Aussicht gestellt, von den landwirtschaftlichen Arbeitern ist in dem Entwurf nirgends die Rede. Aus alledem ergibt sich, daß die Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie nicht nur schärfste Kritik an dem Entwurf zu üben, sondern ihn in der vorliegenden Form abzulehnen haben werden. Auf Einzelheiten des Entwurfs wird noch zurückzukommen sein.

Bekanntmachungen und Verordnungen.

Ersatzsohlen-Gesellschaft.

Die Wanderanstellungen der Ersatzsohlen-Gesellschaft finden kurzzeitig in folgenden Städten statt: in Gln a. Rh. vom 4.-11. Mai im Stadt. Festhaus; in Gurgeln, Quaternmarkt, Eingang Martinstraße; in Erfurt vom 8. bis 15. Mai im Stadt. Museum; in Anger; in Posen vom 6. bis 12. Mai in der Stadt. Steuerkasse, Neustraße 10.

Kontrollstelle für freigegebenes Leder.

In einer Bekanntmachung macht die Kontrollstelle ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Gerbereien nicht berechtigt sind, Inhabern von Lederarten darum die Hergabe von freigegebenem Schuhober- und Futterleder zu verweigern, weil die Betreffenden bisher noch nicht zu ihren Kunden gebüht haben. Die Gerbereien sind auch nicht berechtigt, zugunsten ihrer früheren Kunden Material zurückzugeben, bis sich diese Kunden mit den erforderlichen Karten versehen haben. Wer gegen diese Bestimmungen verstößt, wird dem Leder-Zuweisungsamt namhaft gemacht.

Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie.

Vortrag zur Bekanntmachung vom 19. November 1917 betreffend Kriegsschuhwert für die bürgerliche Bevölkerung: Die Verwendung von Sechseckschlag-Nägeln für die Verwendung von Kriegsschuhwert wird hiermit verboten.

Am 29. bezw. 30. April sind folgende Rundschreiben an sämtliche weiterarbeitende Betriebe erlassen worden:

1. betr. Klassifizierung von Leder,
2. betr. Nachtrag zu Bekanntmachung Nr. 184, Vorschriften für die Herstellung von Kriegsschuhwert,
3. Verwendung von Ersatzstoffen,
4. Festsetzung von Höchst- bezw. Einheitspreisen.

Ferner wurde am 30. April eine Mitteilung aus der Niederschrift über die Vollversammlung des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie vom 13. und 15. April 1918 an sämtliche weiterarbeitende und stillgelegte Gesellschaften versandt.

Firmen, die diese Druckkarte nicht erhalten haben, wollen sie vom Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie Berlin W. 8, Kronenstr. 50, 52 einfordern.

Die Einheitspreise aller Artikel sollen mit Rücksicht auf den wirksam gemordenen Reichskrieg neu festgesetzt werden. Die Betriebe sollen schleunigst angeben, um wieviel sich die Herstellungskosten erhöht haben.

Vor der Vergewandung von Ersatzstoffen, besonders für Ersatzschuhwerk, müssen Muster zur Gewährung vorher eingesandt werden.

Die oben erwähnte Niederschrift aus der Vollversammlung am 30. April betrifft folgende Punkte:

- „Beschluss wegen Vergütung der weiterlaufenden Kosten aus der Ausgleichskasse an stillgelegte Betriebe, welche die Erlaubnis erhalten haben, ihren Betrieb wieder aufzunehmen.“
- „Entscheidung von Maschinen in stillgelegten Betrieben.“
- „Beschluss, den Betrieben, die Militärmontage herzustellen, auch die Herstellung von Strohschuhwerk zu gestatten.“
- „Abgabe für Gefangenentief.“
- „Verbot der unmittelbaren Annahme von Aufträgen von militärischen Beschäftigten.“
- „Vetr. größere Bestände an Oberleder und Schäften in weiterverarbeitenden Betrieben.“
- „Verteilung von Hauschuhen und Pantoffeln.“

Weil Inaktarbeiten bestehen in Hinsicht auf die Einreichung der einzelnen Lederarten in Sonder- und Wertklassen, verwendet der Ueberwachungsausschuß die zur Bekanntmachung betreffend „Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder Nr. 2. 888/7. 17 R.V. vom 20. 10. 1917“ erlassenen Richtlinien.

Bei unrichtiger Berechnung als Sonder- und Wertklassen oder bei unzulässiger Ware, sind gemäß § 9 der oben erwähnten Bekanntmachung Beschwerden unmittelbar vom Empfänger bei der Gutachterkommission für Lederhöchstpreise Berlin W. 8, Sudasterstr. 11/12 zu erheben. Dieser wird auf Antrag durch eine Sachverständigenkommission das Leder nachprüfen zu lassen. Im Übrigen wird auf die Mitteilungen der Gutachterkommission für Lederhöchstpreise Nr. 12 vom 23. April 1918 B-a hingewiesen.

Reichsstelle für Schuhverforgung.

Um das Publikum zu schützen, die Verbreitung preiswerter, der Gesundheit zuträglicher Holzsohlen zu fördern und einer Verschwendung wertvoller Rohstoffe vorzubeugen, hat jetzt die Reichsstelle für Schuhverforgung eine Bekanntmachung erlassen, die den Verkehr mit allen Holzsohlen und Holzbanden regelt, ausgenommen jenes Schuhwerk, das schon Anordnungen des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie unterworfen ist, und die sogenannten Klumpen, bezw. deren besondere Bestimmungen vorbehalten sind.

Daneben dürfen vom 5. Mai d. J. an nur noch solche Holzsohle und Holzbanden vom Hersteller vertrieben werden, deren Muster zuvor von der Reichsstelle für Schuhverforgung genehmigt sind und die den Sohlen oder Stiefeln aufgestempelt werden müssen. Lieferungsverträge, die bereits zu einem höheren Preise abgeschlossen wurden, gelten, soweit die Lieferung vor dem 5. Mai noch nicht erfolgt ist, als zu den festgesetzten Preisen abgeschlossen. Für diejenigen Holzsohle und Holzbanden, mit deren Herstellung am 5. Mai d. J. bereits begonnen war, muß bis spätestens den 12. Mai d. J. um Genehmigung nachgefragt werden.

Es sind Zweifel aufgetaucht, ob auch Hauschuhe oder Turnschuhe mit Chromleder unter die Bestimmung fallen, daß ein Besugschein nur dann ausgestellt wird, wenn der Betreffende 2 Paar getragene Stiefel abgibt oder schriftlich versichert, daß er nur ein Paar gebrauchsfähige Schuhe besitzt. Wie die Reichsstelle für Schuhverforgung erläuternd bekannt gibt, ist derartige Schuhwerk nicht mitzugeben. In Betracht kommt nur Schuhwerk, das sich zum Ersatzgebrauch eignet.

Dagegen sind Haus- und Turnschuhe mit Chromleder- sohle im Verkehr bedarfschleunigend.

Sonderverweisung von Schuhwerk kann erfolgen: an Behörden und öffentliche Institute, auch Woblfahrtseinrichtungen, deren Gemeinnützigkeit die höhere Verwaltungsbehörde ihres Sitzes anerkannt hat, soweit es sich um Schuhwerk handelt, das im Betriebe selbst benötigt wird und zur ausschließlichen Verfügung der anfordernden Stellen bleibt. Des ferneren können Gemeinden und Gemeindeverbände Schuhwerk zur Abgabe an die minderbemittelte Bevölkerung zugewiesen erhalten; Voraussetzung ist dabei allerdings, daß sie bereit sind, bei der Abgabe zu dem ausgefallenen Verkaufspreis einen Zuschuß von 10 % aus eigenen Mitteln zu leisten; das bedingt dann aber auch, daß der Hauptverteilungsausschuß der Schuhindustrie einerseits 10%, nachfolgend, daß die minderbemittelte Bevölkerung die Schuhe um 20%, unter dem üblichen Preis erhält. Endlich wird Schuhwerk für bestimmte Berufsgruppen im Wege der Sonderverteilung zugewiesen und zwar: für Bergverks- und Grubenarbeiter aller Art, für Arbeiter in Rüstungsbetrieben, für Eisenbahnarbeiter im Außen- dienst, für Wald- und Forstarbeiter, für in der Landwirtschaft und im Weinbau erwerbstätige Personen, für Fischerel- und Wasserbauarbeiter, für Hilfsdienstpflichtige, die zum militärischen Wachtendienst einberufen sind, für Telegraphen- und Telephonarbeiter und Briefträger und für sonstige staatliche und gemeindliche Angestellte, die im Augen-

blick einen kriegswichtigen Beruf ausüben, in besondern dringenden Fällen.

Für die Sonderverteilungen kommt in erster Linie Kriegsschuhwert mit Holzsohlen in Betracht. Die Zufuhr von Lederhochwert ist nur für solche Fälle vorgesehen, in denen die Verwendung von Kriegsschuhwert die Ausübung des Berufes unmöglich machen oder Leben und Gesundheit gefährden würde.

Alle Verteilungen erfolgen durch die Reichsstelle für Schuhverforgung, Berlin W. 8, Kronenstr. 50/52.

Was vorgeht.

Der Krieg tobt weiter. Ein Ende ist noch nicht in Sicht. Noch manches Grab hat sich auf, bevor das Land und Wälder aufhört. Dabei wird die soziale Lage des Volkes immer größer. Nicht nur gebietet es an Rohstoffen, auch in der Bekleidung wachsen die Schwierigkeiten. Eine weitere Einschränkung in der Zufuhr von Zucker ist schon angekündigt worden. Als bestimmt ist auch noch mit einer Berringerung der Brotkationen in den letzten Monaten vor dem Greifbarwerden des Getreides aus der neuen Ernte gerechnet werden. Und unabweisbar ist eine Verteilung der wöchentlichen Fleischabgabe. Viehbestände sind arg zusammengeschrumpft und Strommangel erschwert das Durchhalten der verminderten Bestände. Aus diesem Grunde liegt auch eine Berringerung der ver- teilten Fettmenge im Bereiche der Backwarenbedürfnisse.

Die hochgepannten Erwartungen, die man an den genannten Prospektiven mit der Ukraine geknüpft hat, sich als trügerisch erwiesen. Deutschland hat von den letzten Monaten vor dem Greifbarwerden des Getreides aus der neuen Ernte gerechnet werden. Und unabweisbar ist eine Verteilung der wöchentlichen Fleischabgabe. Viehbestände sind arg zusammengeschrumpft und Strommangel erschwert das Durchhalten der verminderten Bestände. Aus diesem Grunde liegt auch eine Berringerung der ver- teilten Fettmenge im Bereiche der Backwarenbedürfnisse.

Trotzdem ist der Anreiz unserer Wirtschaft nicht geringer geworden. Im Gegenteil. Die Offensiv- politik ist von neuem angefaßt. Die französische Erzeugung sollen unbedingt in deutsche Hand, das heißt unter Einfluß des deutschen Kapitals gebracht werden. Es spricht schon von einer Vögelgrenze. Daß Belgien sich wieder frei werden soll, gilt bei unseren Eroberungs- plänen bereits als selbstverständlich. Man denkt sogar bei auch noch einen Teil der französischen Rüste befehligen zu lassen. Derartige Pläne lassen keinen Raum mehr für den Gedanken an einen Verständigungsfrieden. Der letzte Rest von Hoffnung, daß der Krieg beendet werden könnte, eine der Parteien zu Boden geschlagen ist, mußte haben, als die wiederholte Friedensresolution des Reichstages von fast allen Seiten preisgegeben wurde. Daß die Welt selbst sich zu einer Kräfteverteilung zwecks Beendigung des Krieges aufrufen könnte, diese Erwartung muß man von den bisherigen Erfahrungen her als falsch ansehen. Es steht die Welt denn vor der unsagbar traurigen Wirklichkeit, daß dem suchbaren Vermittlungs- und Zerstückern früher ein Ziel gesetzt wird, bis eine der kriegführenden Parteien der letzte Kampfsatz ausgegangen ist. Damit öffnen sich neue überaus trübe Aussichten. Ein Friedenskrieg ist unzweifelhaft die Zeigerin eines fortgeschrittenen, erhärtet verschärften Wettrüstens, mit dem entsehligen Weltkrieg eines neuen, noch erbitterten Krieges.

Wenig Erfreuliches ist von den innerpolitischen Verhältnissen zu berichten. Die vielgerühmte „Revolution“ steht eher noch Rückschritt, denn nach Fortschritt. Allerdings, die Regierung hat einen Entwurf über die Erhebung des § 153 der Reichsgewerbeordnung, diese Maßnahmebestimmung gegen die Gewerkschaften vorzuziehen, aber von der Sicherung eines wirklich freien Vereinigungsrechtes für alle am Lohn arbeitenden Proletariat hat sie noch keine Rede. Auch ein Arbeitskammergesetz hat die Reichstagsvorgelegt worden. Es ist jedoch weit entfernt davon, was die Arbeiter berechtigterweise fordern müßte. Eine Interessenvvertretung, wie sie die Unternehmer in den Handwerkskammern und Handwerkerkammern besitzen, die Verste in den Arbeiterkammern, die Verbände in den Landwirtschaftskammern, bringt der Entwurf den Arbeitern nicht. Auch weiß man noch nicht, welche Gestalt das Gesetz bei der Verabschiedung haben wird.

Dagegen haben wir über etwas anderes bereits berichtet, darüber, daß die arbeitende Bevölkerung, schwerer unter den Kriegswirkungen leidet, mit einer Last neuer indirekter Steuern beladen werden soll. Ein bitterer ist das, weil sich die im Krieg zusammengekauften Eisenbahn-Gesellschaften an der Steuererhöhung fast ganz vorbeidrücken. Der Befehl soll gefasst werden, das zu sein. Die kapitalistischen Interessenträger fordern mit Ungeheuer, daß schleunigst mit der Einziehung des

beds und der freien Wirtschaft aufgedrückt werde. Das
fordert ungeschminte Bahn in dem Ergehen neuer
Wirtschaftlich und organisatorisch ungeeigneter
ist, was es in die Friedenswirtschaft einzutreten, mit Hilfe
Erfahrung, sowie der Kriegserfahrungen und weithin
verbreitet, die der Fortschritt bereits wesentlich ein
datorisch bestimmen können. Schwere Lagen
die Arbeiterkraft zerschellen entgegen.
Ein gutes Spiegelbild der tatsächlichen politischen Ver-
hältnisse bietet das Schicksal der Wahlrechtsvorlage in Preu-
ßen, das übrigens auch entscheidend sein dürfte für die hal-
der bürgerlichen Parteien zur Wahlrechtsfrage in ver-
deutschen Bundesstaaten.
Durch königliche Beschlüsse ist das gleiche Wahlrecht
weisen worden. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf
gelegt nach welchem ein gleiches Wahlrecht das bishe-
dreitklassenwahlrecht verdrängen soll. Aber schon im
Beratungsausschuss war die Reform mit verschiedenen Rau-
den versehen, die die Fortschritt bereits wesentlich ein-
enthalten. Zudem ist die Vorlage mit zwei anderen ver-
bindet, die den Wert des gleichen Wahlrechts noch
erheblich vermindern. Das Herrenhaus soll in seinem
Landes befestigt werden. Damit schafft man eine Sicher-
gegen einen künftigen Einfluß des Abgeordneten-
hauses. Dieses mag beschließen was es will, die Beschlüsse
sind keine Rechtsgültigkeit, wenn nicht das Herrenhaus
zustimmt. Und das Herrenhaus bleibt eine Körperschaft,
die die Arbeiterkraft keinen Einfluß erlangt. Zu allem
hat die Regierung das Recht haben, ohne Budget zu regie-
ren, wenn sich Abgeordnetenhaus und Herrenhaus über
den Staat nicht einigen können. Demnach soll das Budget-
des Abgeordnetenhauses sehr bedenklich geschwächt
werden. Ein hoher Preis für ein nur formal gleiches Wahl-
recht. Dieses soll nämlich nur den Preußen zustehen, die
die Wahlrechte mindestens seit 1. Jahren die Staatsangehörig-
keitspflicht und seit mindestens einem Jahre im Wahlbezirk
sein. Außerdem soll das Wahlalter um ein Jahr herauf-
gesetzt werden. Das „gleiche“ Wahlrecht würde demnach
durch ein ganzes Bündel von Verschlechterungen zu
brachen sein.
Plan sind aber in den verschiedenen Verhandlungen noch
erhebliche Verschlechterungen in die Vorlage hinein-
gebracht worden. So ein Wehrstimmrecht. Also Aufhe-
bung des gleichen Wahlrechts. Weiter soll man, als
Voraussetzung gegen eine Radikalisation, die Verfassung an-
nehmen. In ihr soll die bestehende Wahlrechtsenteilung, die ein
auf ein gleiches Wahlrecht darstellt, gegen jeden Re-
formgriff dauernd verankert werden. Und die Fortschritt-
partei verlangt gar, daß auch das rüchändige Dreiklassen-Ge-
wehrecht auf gleiche Weise vor einer Veränderung
geschützt werde. Einen vergeblichen Versuch machten sodann
die Radikalen, den konfessionellen Charakter der Volks-
versammlung ebenfalls zu einem Bestandteil der Verfassung zu
machen.
In der Wahlrechtsvorlage ist ein Ding geworden, das
schwerlich, anstatt ihm Wege zu öffnen, neue gewaltige
Hürden entgegen türmt. Zwei Lösungen hat die Vorlage
gebracht. Obwohl die Regierung zuerst erklärte, unter allen
Umständen zu ihrer Vorlage zu stehen, hat sie später schon
einmaliges Gegenkommen an die Wahlrechtsgegner be-
tragen. In beiden Lösungen wurde das gleiche Wahlrecht
entweder gänzlich erloschen, die Stimmzahl abgeschafft, das
Wehrstimmrecht angenommen. Nun hat die Regierung
erklärt, daß sie außer der Voraussetzung der Minderjährigen
zugehörigkeit auch noch Sicherungen gegen eine Radika-
lisation zustimmen werde, wenn nur das — formale —
Wahlrecht in der 3. Lesung angenommen würde.
Nach dem augenblicklichen Stande der Dinge kann mit
Sicherheit gerechnet werden, daß die Majorität der
Wahlrechtsgegner das gleiche Stimmrecht durch die sogen.
unabhängig erwidert, aus der Reform einen Rück-
schritt und dann der Vorlage zustimmt, während nicht
Sozialdemokraten sondern auch wirkliche Liberale sie
annehmen müßten.
Über bei vielen Abgeordneten legt das dringende Bes-
steht vor, das Volk in den Glauben zu versetzen, man habe
zu seinen Gunsten herausgeholt. Daher besteht die
Vorlage, daß mancher „Vollstimm“ zustimmt, obwohl er
überzeugt sein muß, daß das Volk mit einem radikalen
Wahlrecht betrogen wird.
Die Vorläufer nach innen und außen!
Am Montag, nachdem der vorstehende Aufsatz schon ge-
lesen ist, das gleiche Wahlrecht auch in der dritten
Lesung abgelehnt worden. Die Regierungsvorlage zeigte
sich Enggegenkommen. Sie wollten sogar ein Wehrstimm-
recht in Kauf nehmen. Die Ablehner des gleichen Wahl-
rechts, sodann die Vorlage über das Herrenhaus
und die rüchändige Oberkammer, die selbst ein gleiches
Wahlrecht zu einer stark abgestumpften Waffe gemacht hätte,
auf weitere Jahrzehnte hinaus geschickt bleiben. Die
Vorlage auf politische Fortschritte in Preußen stehen ziem-
lich Null. Sie kommen über diesen Zeitpunkt nicht hin-
weg, wenn die Regierung im Reichstage für ihre Kriegs-
finanzierung die bisher treu ausgehaltene Ehrlichkeit be-
halten will. Die rüchichtigste Entscheidungspolitik betreibt,
die Junker und Großkapitalisten, kann auf Erfolg

Wahlrechtsfrage

Regel der Gewerkschaftspressen.

„Hilfsarbeiter-Jg.“ (Nr. 16) erörtert das wichtige
„Bekämpfung der Rüstungsindustrie“. Sie macht dabei u.
den Vorschlag:

Auch die Herstellung der Mittel kann verbilligt werden,
indem man sich darauf beschränkt, einige wenige Typen her-
zustellen, diese aber in größeren Mengen zu erzeugen unter
weitgehender Ausnutzung aller technischen Hilfsmittel. Als
eine Hilfsaktion zur Unterstützung nothleidender Kleinmeister
darf die gemeinnützige Rüstungsindustrie nicht betrachtet wer-
den. Wohl ist es denkbar, daß durch gesellschaftlichen Zusam-
menschluss auf kleine Betriebe sich bis zu einem gewissen
Grade die Vorteile des Großbetriebes zunehmen machen könn-
ten, im allgemeinen wird aber der kleine Unternehmer mit
dem modernen Großbetrieb, in welchem die modernsten Ma-
schinen in der raffiniertesten Art ausgenutzt werden, nicht
konkurrieren können.
Am „Proletarier“ (Nr. 16) widmet der Verbandsvor-
sitzende Breg dem kürzlich verstorbenen Redakteur des „Pro-
letarier“, Heinrich Schneider, einen warm empfundenen Nach-
ruf. Er sagt darin:
„Neben seiner Arbeit als Agitator und Organisator fand
er noch Zeit, sich schriftstellerisch zu betätigen. Daß er an
sich als Selbstbildner mit eifrigem Fleiß gearbeitet, in der
Schule des Lebens ergänzte, wozu die Schule „eines Heimat-
dorfes nur zarte Pfingstlinge geleigt, beweist mancher Beitrag,
den wir aus dieser Zeit im Verbandsorgan desigen. Als
dann im Jahre 1906 die Wahl des Königen Frey zum
Reichstage den Posten eines Redakteurs frei werden ließ,
wurde Kollege Schneider berufen. Der „Proletarier“ ist
unter Schneiders Leitung das Banner gewesen, das in fan-
tastischer Weise dem Zusammenschluß voranleuchtete, in zwei-
deutigen Worten zur Klarheit am Verbesserungswert für
unsere Kollegen aufzurufen, unerbittlich die Ausbeutung der
Kollegen und Gefährdung von Leben und Gesundheit ge-
hehlt! Daneben war die schriftstellerische Tätigkeit schöp-
ferisch, fruchtbar in jeder Beziehung. Ein uneigentliches
Verdienst hat sich Schneider erworben mit seinem im Jahre
1911 erschienenen Buche „Gefahren der Arbeit in der ge-
meinnützigen Industrie“. Dem Arbeiterstand ist damit ein unerschö-
plicher Dienst geleistet.“
Der „Zimmerer“ (Nr. 16) gibt Anweisungen über den
„Wiederaufbau der Organisation nach dem Kriege“. Ausführ-
ungen, die auch für die Verhältnisse unseres Verbandes
passen, sind die folgenden:
„Weit schwieriger als in den Verbandsstellen wird
sich die Ansetzung der zur Entlassung kommenden Mitglie-
der in solchen Orten stellen, wo die Zahlstellen während des
Krieges eingegangen sind, wo keinerlei Verbandsaktivität
mehr existiert und Verbindungen mit der Organisation
nicht mehr bestehen. Für alle diese Fälle müßte es Aufgabe
zunächst der Gauleiter sein, schon in allerhöchster Zeit die
Beziehungen zu solchen Orten wieder aufleben zu lassen.
Daß diese Arbeit nicht unterschätzt werden darf, mag schon
daraus erhellen, daß während des Krieges nicht weniger als
200 Zahlstellen unseres Verbandes ihre Tätigkeit haben ein-
stellen müssen. Sicherlich werden aus vielen Zahlstellen den
Gauleitern noch Adressen zur Verfügung stehen, so daß die
Wiederherstellung der Verbindung sich ungleich vollziehen
lassen dürfte. Und soweit aus solchen Orten Kameraden in
den Großstädten oder größeren Zahlstellen arbeiten, werden
sie gewiß gern dabei helfen, daß in den betreffenden Orten
das Verbandsleben wieder in Gang kommt. Möglichenfalls
werden auch benachbarte Zahlstellen helfen einzupflanzen
haben.“
Die „Metallarbeiter-Zeitung“ (Nr. 16) bringt einen, die
Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, in dem sich der Ver-
bandsvorstand gegen Vorwürfe wehrt, die aus Anlaß eines
von ihm in der „M.-Arb.-Zg.“ veröffentlichten Antireil-
auftrages aus Mitgliederkreise laut geworden sind. In der
Hauptache sucht er sich zu verteidigen gegen eine in Düssel-
dorf angenommene Resolution, die folgenden Wortlaut hat:
„Die am Sonntag, den 24. März 1918, im Volksstube
zu Düsseldorf tagende Mitgliederversammlung des Deutschen
Metallarbeiterverbandes erhebt einmütigen Einspruch gegen
die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung, insbesondere
aber gegen den letzten Absatz des Hauptvorsitzenden. Der
Klassenkampf und Kampfescharakter der Gewerkschaften
wird durch genannten Aufsatz vollständig preisgegeben und
den Verbänden die Rolle der wirtschaftsrechtlichen Angelei-
Nicht mit einem Worte wird in dem Aufsatz der Weiden und
Rolle der Arbeiterkraft geacht, trotzdem der wirtschaftliche
und politische Druck von Seiten der Unternehmer und Mit-
tarbeiterbehörden von Tag zu Tag stärker wird, die Lebenshaltung
der Arbeiter sich täglich verschlechtert und die inneren Reformen
noch keinen Schritt weitergeführt sind. Die Verfassun-
gen protestiert weiter dagegen, daß der Hauptvorstand die
russische Revolution zu seiner Beweisführung heranzieht,
obwohl im Osten die Dinge noch im Fluß sind und kein
Reich heute weiß, wie sich die Zukunft in Rußland gestalten
wird. Ferner weisen die Verfasserinnen der Verfassung
von sich, daß durch eine eventuell notwendig werdende Ar-
beitslosenüberlegung die Geschäfte unserer Zeit bedingt wer-
den sollten und unsere Eltern und Brüder im Felde sich
nuglos verbluten müßten. Als ettel Günstiger betrachten
sie aber die famose Deutung des Auftrags, als wenn eine
Klassenkampf die deutsche Arbeiterkraft zu ihren Rechten
lassen würde und das Bürgertum im Verein mit den
Arbeitern die soziale Revolution herbeiführen würde. Die
Verfassungen geloben, trotz des beiderseitigen Drucks die
Söhne des Klassenkampfes hochzuhalten und dafür Sorge
zu tragen, daß sich die Verbandsleitung wieder darauf be-
sinnt, als was sie gewöhnt ist und ebendam war: eine Güp-
tein des Klassenbewußtseins revolutionären Proletariats.“
Der Vorstand sagt in seiner Verteidigung u. a.:
„Es ist ferner einsehbarer Glaube, anzunehmen daß, wenn
in Deutschland die Munitionsindustrie durch Arbeiterver-
richtungen lahmegelegt würde, dann die feindlichen Heere im
Westen Gemein bei Fuß stehen bleiben und die Entente von
ihren weitgeschickten Kriegsziele absehen würde. Wer das

glaubt, überseht, daß im feindlichen Ausland genau so wie
bei uns der Großkapitalismus herrscht und die Arbeit be-
stimmt.“
Ganz unmitigterweise verwahren sich die Kollegen der
Düsseldorfer Verfassung gegen den Satz im Vorstands-
auftrag, daß sie durch Arbeitseinstellungen die Kollegen an
der Front in ihrem Schicksal durch ihre Güte lassen wür-
den. In Düsseldorf hat, selbst man wissen, eine Arbeiter-
stellung zu politischen Zwecken nicht stattgefunden. Es lag
deshalb für die Düsseldorfer Verfassung gar keine Ver-
anlassung vor, die angeforderten Schritte des Vorstandsauftrags
auf Düsseldorf zu beziehen. Am abgesehen aber werden sich
dieser Teil des Auftrages überhaupt nicht gegen die Arbeiter,
sondern gegen die „unorganisierten Führer“, Herausgeber und
Verbreiter von anormen Flugblättern. Das sehr wichtige
Unterschiedung wird in der angeordneten Verurteilung
gesichtlich übersehen. In diesen Flugblättern wird den
deutschen Arbeitern eine Kraft zugesprochen, die sie noch nicht
haben. Die deutsche Arbeiterkraft kann den Krieg allein
nicht beenden. Es ist und bleibt „eine Güte“, den
deutschen Arbeitern einzureden, daß sie die Kraft haben, den
Krieg durch ein entsetzt n. s. Borhaben zu beenden zu können,
wo doch die feindlichen Staaten den Sozialisten nicht einmal
Tafel nach Tisch und Bern ausgesetzt haben. In
Stelle einer Entrüstung über den Vorstandsauftrag wäre
eine Entrüstung über die Haltung der Landesregierungen
wegen ihres Kriegswirtschafts- und volkswirtschaftlichen Tre-
bens angebracht.“
Die englische und französische Regierung zu bekämpfen,
ist doch wohl Sache der deutschen Arbeiter. Im übrigen
wendet sich die Resolution gegen den Versuch, den Klassen-
kampfcharakter der Gewerkschaften preiszugeben und gegen
die Unterstellung, daß der Streik den Gegnern nutzen sollte.
Das ist doch etwas anders als was der Vorstand abwehrt.
Am „Korrespondent“ (Nr. 45) schlägt ein Mitglied vor,
auf der nächsten Generalversammlung des Bundesdru-
ckerverbandes die wichtige Frage der Papiernot zu behandeln. Es
macht dazu den Vorschlag:
„... daß die Generalversammlung eine besondere stän-
dige Kommission einsetzt, die zusammen mit einer gleichen
Kommission unserer in Frage kommenden Arbeitgeberorgani-
sationen arbeitet. Diese gemeinsame Kommission hat das
ganze in Frage kommende Material zusammenzutragen, sich
ständig mit der Angelegenheit zu beschäftigen usw. Sie hat
auch dauernde Verbindung mit den betreffenden Reichsstellen
anzustreben, und wenn es nicht schon früher gelang, es
durchzuführen zu versuchen, daß in der Zeit nach dem Kriege
Papier- oder Papierstofflose an andere Industrien zu oft
recht zweckhafter Verwendung nur dann übertragen wer-
den, wenn der im Interesse der ganzen Nation gelegene
Druckpapierbedarf voll und ganz gedeckt ist. Aufstärkend
tätig sein müßte die Kommission bei der Reichsregierung
wie auch in der Bevölkerung. Jährlich wären die Auf-
gaben dieser Kommission und nach alles ließe sich aufzählen
im Rahmen dieser kurzen Anregung mögen jedoch vor-
stehende kurze Stichproben genügen.“
Die „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ (Nr. 16) be-
richtet über das „Abschauen von Militärarbeiten“, daß näm-
lich die Kriegsbekleidungsämter angewiesen worden seien,
ihren für das nächste Halbjahr angemessenen Bedarf an Leder-
und Metallausstattungsgegenständen wesentlich einzuführen.
Folgende Stücke sollen überhaupt nicht beschafft wer-
den: Torniertragerriemen, Tragerriemen für die Patronen-
taschen der Kavallerie, Mantelriemen für Feldartillerie, Lan-
genarmriemen, Patronenriemen 09 und 87/88, Kartentaschen,
Tragerriemen für die Gepäcksäcke der Radfahrer, Trageror-
richtungen für die Bekleidungsstücke für R.-G.-Schützen, Auf-
schleißschlaufen für Miniere, Tragerorrichtung für den Feld-
artillerie-Lourmeter, Koppelschlösser mit Wiberhalt, Weh-
riemen mit Schnalle, Leibriemen (Koppel) mit Schloß, Tornier-
riemen, Bekleidungsstücke für R.-G.-Schützen, Gepäcksäcke
für Radfahrer, Ledertaschen für Unterriemen und Brillen,
Zettelschilde aus Metall, Pfeifen und Pfeifenfutterale, Signal-
trompeten, Trommeln und Signalpfeifen. Der also Ge-
legenheit hat, Privatarbeit zu übernehmen, fasse zu und
bleibe nicht bis zum großen Rekrus sitzen. Die Leder-
werkstätten haben aber auch die Verpflichtung, bei der
Einschränkung von Rüstungsarbeiten an die Privatbe-
triebe zu denken.
Die „Lehrarbeiter-Zeitung“ (Nr. 16) schreibt in einem
Aufsatz über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organi-
sation:
„Für solche Leute, die nicht den Mut besitzen, für ihre
wirtschaftlichen Interessen einzutreten, hat im Grunde ge-
nommen: auch der Unternehmer nicht viel übrig; er muß
zwar diesen Umständen zu seinem Vorteil aus, Respekt oder
Dank ernten die Arbeiter für ihr geduldiges und duldsames
Verhalten jedoch nicht. Und die ausgepreßte Zitrone wird
einstens als wertlos fortgeworfen. Woher die angebliche
große Zufriedenheit bei den Lederarbeitern? Verdienen sie
so sehr viel, läßt ihnen die Arbeit Zeit und Gelegenheit zu
Erholung und Weiterbildung? Nichts davon? Die Bes-
ten stehen in keinem Verhältnis zur Herausgabe der
Arbeitskraft, die zu ihrer Erhaltung erforderlich ist. Die Ar-
beitszeit ist zu lang, stark e. anregende und lange Arbeits-
zeit aber müssen Körper und Gesundheit untergraben.“

Die große Steuer-Vorflut.

Näher und immer näher rückt den kriegsführenden Mäch-
ten — und nicht nur diesen — die unheimliche Notwendig-
keit einer Neuordnung der Finanzen. Einzig England fangt
in dieser Beziehung noch mit einiger Ruhe der Zukunft ent-
gegen sehen. weil es seine Siquanznahmen von 3 Millionen

Im letzten Friedensjahr auf deren 10 schon im dritten Kriegsjahr zu setzen müßte, während das Deutsche Reich in der gleichen Zeit sieben bis, wo es stand, nämlich bei lediglich 2 Milliarden Steuereinkünften.

Unter Annahme eines im Frühjahr 1913 eintretenden allgemeinen Friedens schätzte Georg Bernhard im März d. J. im „Blatt“ die bleibende Schuld des Reiches einschließlich der Kapitalisierung der Hinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenleistungen auf 155 Milliarden. Dazu kommen dann die Schuldenlasten der Bundesstaaten und Gemeinden. Wie soll und kann da das Problem der Abtragung und Bergung der Schulden neben der Beseitigung all der ohnehin laufenden und noch stetig wachsenden Ausgaben gelöst werden, ohne daß es zur Anwendung der Bolschewitz-Methode kommt?

Sehr einfach, antworten die Annerzionisten und Bilanzposten: Die anderen müssen zahlen! Wie sie damit fertig werden, ist ihre, nicht unsere Sorge. Im anderen Falle sind wir bankrott, nicht v. Hegelbrand. Und ein anderer Junker, der Prinz Friedrich zu Bentheim, schrieb schon vor fast Jahr und Tag: „Wir können nur dann fertig werden, wenn wir eine Entschädigung von Ausland bekommen.“ Das nannte wiederum ein Mann der Wissenschaft — um nur einen zu nennen. — einfach idiotisch. Er hätte sagen, wir können sehr wohl aus eigener Kraft die Mittel aufbringen, deren wir zur Befriedigung unserer verletzten Finanzen bedürfen, nur müssen wir freilich neue Bahnen dazu einschlagen. Und um zu verhindern, daß die Schuldlasten noch wachse, forderte er unter Hinweis auf solche neue Bahnen die Quantitätsnahme — und zwar ohne Ausschub — der Reichsfinanzreform für die Friedenszeit. Darüber ist gleichfalls bald ein Jahr vergangen. Inzwischen haben wir zwar einige Friedensschlüsse erlebt, der allgemeine Frieden jedoch ist noch nicht in mindestens sichtbar geworden und ebenso wenig ein Plan zu einer Befriedigung der Finanzen des Reiches. Er sei noch nicht möglich, weil die Fortdauer des Krieges die nötige Ubersichtlichkeit nicht gestatte, redet man sich aus.

Dafür sind aber der Reiz von elf Steuervorlagen in einer der jüngsten Frühlingssitzungen auf die garten Blaubüchlein der immer noch hoffnungsvollen Optimisten. Zwischen 3052 und 3153 Millionen Mark — Gott, so genau läßt sich das im voraus nie sagen; — heißen die verbündeten Regierungen in die Reichskasse fließen zu sehen, wenn die Steuervorlagen nur erst Geleg geworden sein werden. Bläulich würde auch mehr — wie das vorige Mal — dank dem Bewußtseinsreifer der Weisheit des Reichstages. Man höre eben Das Beste ist viel Geld, recht viel Geld. Einzelweilen fehlt es nicht an hohen Wünschen, die da weisungen, es werde durch die geplanten Geleget zunächst kein ratter Flammig in die große Kasse kommen. Nun ja, man tennt das.

Sicher ist, daß die Steuerfiskalisten ihren Fortgang nimmt und daß sie in erster Linie wieder nach dem Weimarer bezwecken werden. Die Menge muß es bringen. Die Menge derer nämlich, auf die allzuweit die indirekten Steuern beschert waren. Mein Wunder in einer Zeit, in der sich Sozialisten aus Sorge um die Kapitalbildung um der Schatz ihrer Rechte kommen, den ihnen die Sorge darum, daß sie nicht schuldig an der ungeheuren Belastung all der Armen und Kleinen wurden, nicht rauben konnte. Während 2½ Millionen Verbrauchs- und Verbrauchsteuer geplant sind — und zwar auf die Dauer — sollen den Glückseligen mit den großen Kriegsgewinnen in Form einer einmaligen Abgabe nur 800 Millionen abgetropft werden. Das alles soll in möglichster Beklemmung vor sich gehen, denn der große Gehaltbetrag im Reichshaushaltetat — auf 2575 Millionen Mark beziffert er sich — heißt baldigste Deckung.

Es liegen dem Reichstag vor die Entwurfe eines Biersteuererlasses, eines Gesetzes über den Bierzoll, eines Weinsteuererlasses, eines Gesetzes zur Änderung des Schaumweinsteuererlasses, eines Gesetzes betreffend die Besteuerung von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken, sowie die Erhöhung der Zölle für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade, eines Gesetzes über das Branntweinmonopol, eines Umsatzsteuererlasses, eines Gesetzes betr. Änderung des Gesetzes von einer mit den Post- und Telegraphengebühren zu erheben außerordentlichen Reichsabgabe vom 21. Juni 1916; eines Gesetzes zur Änderung des Reichssteuererlasses, eines Gesetzes zur Änderung des Reichssteuererlasses, eines Gesetzes über die Kriegsteuer der Gesellschaften für das vierte Kriegsjahr und endlich eines Gesetzes gegen die Steuerflucht.

Somit, Steuerflucht! Denn da die neutralen Staaten weit weniger Steuerflucht werden auferlegen brauchen als die kriegführenden Staaten, werden viele von denen, die etwas haben, eine unbewegliche Sehnsucht nach jenen Dales in der Steuerflucht empfinden und, wenn es nur irgend geht, dem Zuge ihrer sonst ganz patriotischen Herzen folgen. Da soll ihnen denn mit rauher Hand ein schwarz-weiß-roter Regel von dem Auszug des geliebten Vaterlandes gehoben werden. Und zwar von Rechts wegen.

Eine Befreiung der einzelnen Gelegeten müssen wir uns vorbehalten. Für beste nur noch dieses: die Landwirte; ist wieder mit großem Bedacht gelangt, ja, das Gesetz über das Branntweinmonopol ist allem Anschein nach gerade als Schlag der internationalen Schanzenschießerei, auf Seiten des technischen Fortschritts gebaut. Hingegen soll das Umsatzsteuererlass — versehen durch eine Umsatzsteuer, die auch den „August“ Winderemittelher wie erst — sich Wichtigkeit mehr nur auf Warenlieferungen sondern auf „Lieferungen und sonstige Leistungen“ erstrecken. Dadurch kommt man u. a. in den Stand, nicht mehr hat zu machen vor demjenigen beruflichen Tätigkeiten, die lediglich auf geistigem Können aufgebaut sind, wie denen des Reichsberaters,

des Arztes, des Anwalt und Schriftstellers. Es alle erfüllen „Schuldscheine der Bevölkerung“, und wer das tut, der muß bestrafen werden. Der Ertrag dieser Steuer, die wohl das Lölle in dem Steuerbüdel darstellt, wird auf insgesamt 1200 Millionen Mark geschätzt.

Eine ungeheure neue Steuerlast steht also im Sicht. Aber sie reicht noch nicht entfernt an jene heran, die später kommen wird. Die wirtschaftliche Steuerwelt: kommt noch, die der Sturm des Weltkrieges erzeugt. Zunächst haben wir es nur mit einer — wenn auch großen — Steuer-Korruption zu tun. Wo sind die Dämme, sie abzumehren?

Tatit der Mehrheit.

Gesetz's nicht im Hinblick auf die mögliche Ablehnung der Wahlrechtsforderung, daß die Regierungsozialisten im halben und verletzten Andeutungen mit der Empörung des Volkes drohen wenn ihren Wünschen nicht willfährig werde?

Seht, wo das Wahlrecht vom Abgeordnetenhaus abgelehnt ist, und die Regierung mit verächtlichen Armen bei dem Scherbenhaufen steht, wäre es doch wohl an der Zeit, daß sie sich an die Spitze des erregten Volkes stellen, um hässliche Ablehnung mit denen zu halten, die es um sehr leicht betrügen. Undessen, man scheint sich die Sache anders überlegt zu haben. Der „Vorwärts“ beruhigt ängstliche Gemüter mit der Versicherung, es sei nicht seine und seiner Freunde Absicht, das ins Feuer zu setzen und verweist gleichzeitig die Uebelthäter, über die zu Gericht zu sitzen eigentlicher Sache der Sozialdemokratie wäre, vor das Tribunal der Geschichte. Er erinnert an die Warnungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten, der von der Ablehnung des Wahlrechts schädliche Wirkungen auf die innere Widerstandskraft des deutschen Volkes vorausgesetzt habe und fährt fort: „Wenn diese Folgen jetzt eintreten, so fragen dafür die Verantwortung allein die, die gestern unbekümmert um alle Warnungen das gleiche Wahlrecht niedergestimmt und als die gestrigen Herzen dieses Frühjahrs die Hoffnungen auf eine freieschließliche Neugeburt Deutschlands gestirnt und zu Boden geschlagen haben. Mögen sie sehen, wie sie vor der Geschichte mit dieser Verantwortung fertig werden.“

Bekanntlich haben Patrioten, die weit vom Schutze Englands mit ihrer ganzen Anbrunst hassen, das schon Stolzgebet erstanden: Gott strafe England! Da sie selbst nicht die Neigung oder die Kraft verspüren, das Strafgericht auf den standischen Schloßherren zu vollziehen, übertragen sie diese Funktion den höchsten Wesen. Darüber hat auch der „Vorwärts“ gelegentlich seine spöttischen Stoffen gemacht. Aber wirkt er denn weniger tömlich als diese ebenso vorsichtigen wie gottesfürchtigen Gegner des perfiden Albion, wenn er jetzt in aller Bescheidenheit „der Geschichte“ überläßt, die Feinde des Wahlrechts vor ihren Richterstuhl zu ziehen?

Wie sind auf den Einwand gefaßt, es sei in erster Linie Sache des Volkes selbst, sich zu enträften. Daran ist etwas Wahres, und niemand wird bestreiten, daß das deutsche Volk außer an anderen vortrefflichen Eigenschaften auch an Geduld alle Nationen der Welt weit überträgt. Nur fragt es sich, ob diese turnhohe Geduld, die insbesondere die deutschen Arbeiter jetzt bewahren, nicht zum guten Teil ein Produkt der Ergebung ist, die die Wahlrechtssozialisten ihnen während der Kriegsjahre haben angedeihen lassen.

Der Deutsche ist nicht nur gutmütig und geduldig, er vergißt auch schnell, und auf diese Eigenschaft verläßt sich der Vorwärts, wenn er in derselben Nummer, in der er die ihm aus der Ablehnung des preussischen Wahlrechts erwachsenen Pflichten auf die Geschichte abwälzt, tiefinnige Betrachtungen über die Vorgänge in der Ukraine anstellt. Es heißt da unter anderem: „Erst gesprochen, die Dinge im Osten sind trostlos. Der Frieden, der dort geschlossen wurde, ist ein wahrer Abschiedsgrüßel für die Gegner geworden, die mit uns noch im Kampfe stehen.“

Unerschrocken! Bei der Abstimmung über den Frieden mit Großrußland hat sich die Partei der Mehrheit begeistert für gesagt und wußte nicht genug die Unabhängigen zu schämen, die in ihrer unfruchtbareren Regierungswelt so vollständig jedes Verständnis für den Wert positiver Mitarbeit vermissen ließen.

Jetzt erkennt man plöglich den wahren Charakter des Offriedens.

Weiter: Vor ein paar Wochen verkündete der „Vorwärts“, nachdem England, Frankreich und Amerika alle Verständigungsbotschaften zurückgewiesen hätten, könne allein der Sieg der deutschen Waffen die Lösung des Konfliktes bringen. Sicher glaubte er damals, dieser Sieg werde binnen kurzem errungen sein. Heute ist er schon bedenklicher geworden und meint, ein paar Wochen rosaroten Optimismus hätten die Einseitigen nicht blenden können. Und mit der Sorge wächst auch wieder der Zweifel an der Schuldblosigkeit der deutschen Politik, denn wer den Offrieden als Abschreckungsfrieden aufstellt, kann doch nicht allein den Westmächten die Verantwortung an dem Nichtzusammenkommen einer Verständigung aufbürden.

Ob freilich der „Vorwärts“ dies Kunststück morgen oder übermorgen nicht doch fertig bringt, steht keineswegs fest. Bei ihm ist das Unmögliche schon seit langem möglich, und selten hat wohl irgend ein politisches Organ seine eigenen Worte so oft getroffen wie dieses „führende Blatt“ der deutschen Regierungsozialisten. Es erhebt ja kaum noch den Anspruch darauf, die Jahre zu sein, die streitbaren Arbeiterbattalionen vorausgetragen wird. Das Banner ist eine Wertesache geworden, aus deren Drehungen sich lediglich Schlüsse auf die wechselnden Stimmungen der Redaktion und der Parteileitung ziehen lassen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam für die Woche vom 12. Mai bis 19. Mai der 20. Beitrag fällig ist.

Rosenberg, den 12. Mai 1916.

Der Vorstand

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Bergstadt. Unsern Mitgliedern zur Kenntnis bis zum 20. d. Mts. sämtliche Mitgliedsbücher und Zwecke Kontrolle eingezogen werden, event. sind bis dahin zu begleichen. Beglühlich der losen und Accountunterstützung machen wir darauf aufmerksam, daß Krieg nach Statut verfallen ist nur vom Tage der Meldung ab Unterstützung zu sein.

Eszen. Zwecks Kontrolle werden die Mitgliedsbücher nächster Zeit eingezogen. Die Mitgliedsverträge werden wie früher am 2. Sonnabend im Monat halten und wollen die Kollegen die Mitgliedsverträge besser besuchen als bisher.

Schwege. Die Adresse des 1. Bev. S. S. S. S. vom 1. Mai ab Corwiese 1.

Grauberg (Pdm.). Alle Zuschriften sind zu richten Carl Bergmann, Wilhelmstr. 8.

Welsensfeld. Für die Sterbefälle der Kollegin S. Weppert und der Kollegen Kurt Frenzel und Habebus ist die 18., 19. und 20. Sterbemerkung zu

Ehrentafel

für unsere im Felde gefallenen Mitglieder

Eppendorf. Mag. Wilmann, Bruno Runge, J. Dars, gefallen.

Literarisches.

Rechtsfragen für Haus und Beruf von R. A. Werner. Verlag L. Schwarz & Co., Berlin. Dresdenstr. 80. Preis 1,50 M. Taschenformat.

Das Buch ist bezeichnend und unterhaltend zugleich, beantwortet leichtverständlich und fesselnd die wichtigsten Rechtsfragen aus dem Privatleben, dem Berufsleben dem Rechte der Frau. Von den 28 Kapiteln des Buches seien folgende besonders erwähnt:

Das Dienstverhältnis. Hausfriedensbruch. Das Mietverhältnis. Verpachtung des Hausstandes. Der Das Garantieversprechen. Wie mache ich mein Recht? Der Mangel der Kaufsache. Führung von Handelsgeschäften. Der Kaufvertrag. Der Leihvertrag. Dienstvertrag. Gesellschaftsvertrag. Verjährungsfrist. Der Erbschaft. Die Schließgewalt der Frau. Die hanteln Frau. Die Verlobung. Mitgift und Frauengut. angenehme Kind. Die Scheidung. Maßregeln des Rechtschutzes. Das Buch ist allen Ständen als Ratgeber zu empfehlen.

Neuer Katalog (ca. 170 Abbildungen) über Schulbuchwerkzeuge (haben erlassen) — Versand gratis und franco. C. W. G. G., Berlin, Postfach 10000.

Handstanzmesse

Größe I 8,00 RM. — II 7,50 RM. — III 6,50 RM. Formaf 800 Amt Oststg.

Ihre Brenner, Werschheid & Co.

Flotte Zuschneid

für dauernde, lohnende Beschäftigung suchen sofort Müller & Sprung, Dresden-N. 11

Nachruf.

Nach kurzer Krankheit verschied am 6. d. Mts. unser langjähriges, treues Mitglied

August Heinhold

im 70. Lebensjahre.

Sein Andenken hält in Ehren

Die Mitgliedschaft Größlich